

# Ostmitteleuropa 1944–1989 und danach: unsere namenlosen Revolutionen

Adam Krzemiński<sup>1</sup>

Meine Damen und Herren, haben Sie herzlichen Dank für Ihre Einladung zu dieser Sommeruniversität über die „Erinnerungskultur in Mittel- und Osteuropa“, auch wenn wir bereits jetzt ins Dickicht der Terminologie geraten.

Der Westen Mitteleuropas – das sind für mich Österreich und Westdeutschland, der Osten Mitteleuropas dagegen die ehemaligen „sozialistischen Bruderstaaten“. Und Osteuropa – das sind die europäischen Republiken der Sowjetunion. Wie jede Wortklauberei ist auch diese etwas wackelig, weil sie das Baltikum – heute ein Teil der EU und der NATO – Ost- und nicht Mitteleuropa zurechnet.

Meine Perspektive hat ihre Tücke auch deshalb, weil sie eine unsichtbare Linie mitten durch Deutschland zieht; keine geharnischte wie im Kalten Krieg, aber doch eine, die die neuen Bundesländer, also die Ex-DDR, nicht West-, sondern Ostmitteleuropa zurechnet. Und dies hat zwei weitere Schlussfolgerungen für die Deutung der deutschen Verortung:

Erstens: Die Alliierten teilten das von ihnen 1945 besetzte Deutschland zwar willkürlich, aber doch entlang älterer europäischer Trennungslinien auf. Ostelbien, Sachsen und Thüringen waren – anders als Bayern, aber auch Niedersachsen und Hessen – eben nie mit dem *imperium romanum* in Berührung gekommen.

Und zweitens: Auch die kleine „Bonner“ Bundesrepublik war keineswegs die Quintessenz des historischen Westens, weil ihre später vorbildliche parlamentarische Demokratie nicht infolge eigener republikanischer Emanzipation, sondern erst unter der Aufsicht (vor allem) der angelsächsischen Siegermächte entstand. In seinem Buch „Demokratie und Gesellschaft in Deutschland“ wies Ralf Dahrendorf darauf hin, dass Deutschland mit seiner preußisch-autoritären Modernisierung von oben einige Gemein-

---

1 Eröffnungsvortrag der Sommeruniversität „Erinnerungskultur in Mittel- und Osteuropa – Nationalsozialismus und Kommunismus in Politik und Literatur“ an der Andrassy Universität Budapest, 28. August 2016. Der Vortragstil wurde beibehalten.

samkeiten mit Russland und gravierende Unterschiede zu den republikanischen Ländern, wie den USA, Frankreich, aber auch England aufwies, weil es keine erfolgreiche emanzipatorische Revolution der Bürgertums zustande brachte.

Der Erste Weltkrieg wurde in Deutschland in das weltgeschichtliche Ringen der deutschen autoritär-völkischen „Ideen des Jahres 1914“ mit den verlotterten französischen „Ideen des Jahres 1789“ eingebettet. Danach galt für viele die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik als von den Siegermächten aufgezwungenes fremdartiges System, das einer „deutschen Revolution“ 1933 bedurfte. Und es waren wiederum Siegermächte, die 1945 in Nürnberg die Verantwortlichen des Dritten Reiches aburteilten und in ihren Besatzungszonen politische Strukturen nach ihrem Gusto aufbauen ließen. Eine parlamentarische Demokratie in den Westzonen – der späteren Bundesrepublik – sowie eine „Volksdemokratie“ stalinistischer Prägung in der sowjetischen Zone, der späteren DDR.

Ähnlich war es nach 1945 mit allen Staaten Ostmitteleuropas, wo nach der Besetzung durch die Rote Armee eine kommunistische Machtübernahme mit den irreversiblen Folgen einer sozialen Revolution erzwungen wurde – der Entmachtung der alten Eliten, der Zerschlagung des selbständigen Mittelstandes und der forcierten Industrialisierung, die – bedingt durch die Rüstungspolitik Stalins – die traditionelle Landbevölkerung in die neuen Kombinate trieb.

Es gab große historische Unterschiede zwischen der DDR und Ungarn, Bulgarien und Polen. Die Agrargebiete Ostelbiens waren im Wilhelminischen Reich peripher im Vergleich zum hochindustrialisierten Ruhrgebiet. Ungarn war 50 Jahre lang stolzer Mitträger der Habsburger Monarchie und danach der große Verlierer des Ersten Weltkrieges, während Polen der Verlierer des gesamten 19. Jahrhunderts, dann aber – genauso wie die Tschechoslowakei – der große Nutznießer des „Versailler Systems“ war. Sonst waren sie alle – mit Ausnahme Polens – im Zweiten Weltkrieg mehr oder weniger willige Vasallen des Dritten Reiches, was dann Stalin als Legitimation für seine Art der kommunistischen Machtübernahme und der revolutionären Einschnitte in den jeweiligen Gesellschaften diente.

Die „beschränkte Souveränität“ der ostmitteleuropäischen Staaten und die mit Terror und Korruption durchgesetzten „revolutionären“ Umwälzungen sind einer der Gründe, warum diese Revolutionen weitgehend „namenlos“ blieben. Sie werden als Okkupation, Fremdbestimmung und kommunistische Gewaltherrschaft bezeichnet, die angeprangert, aber selten in ihren vielfältigen Konsequenzen analysiert wurden, wie sie für jede „Aufarbeitung der Vergangenheit“ notwendig ist. Ohne eine genaue Analyse dessen, was während der Bevormundung durch das Dritte Reich, bzw.

während der deutschen genozidalen Besatzungspolitik, und dann infolge der kommunistischen Machtübernahme mit diesen Gesellschaften passierte, ist die „Aufarbeitung der Vergangenheit“ nicht nur im Hinblick auf das Jahr 1945, sondern auch 1989 brüchig. Ohne dies ist die Beantwortung wichtiger Fragen schwer möglich: Wer war wann „weltgeschichtlich“ und „moralisch“ im Recht? Wer war Opfer, wer Täter? Können Opfer Täter und Täter Opfer werden?

30 Jahre nach dem gescheiterten Putschversuch in Moskau und dem anschließenden Zerfall der Sowjetunion kann man die Nachkriegsgeschichte unseres Teils Europas mit groben Linien skizzieren. 1989 wurde infolge einer „friedlichen Revolution“ im gesamten sowjetischen Herrschaftsbereich der Kommunismus abgeschüttelt, die Spaltung Deutschlands und Europas überwunden und eine irreversible Demontage des Sowjetimperiums in die Wege geleitet. Der Streit darüber, wem die eigentlichen Lorbeeren für diese epochale Wende in der europäischen Geschichte gebühren, dauert zwar seitdem an.

War für das *annus mirabilis* 1989 im 1945 von Stalin besetzten und in Jalta der sowjetischen Einflusszone zugeschlagenen Ostmitteleuropa der Widerstand von unten entscheidend, der nach vielen gescheiterten Versuchen in einzelnen Ländern endlich die Oberhand gewann? Dann müssten solche Persönlichkeiten wie Lech Wałęsa oder Václav Havel im Vordergrund stehen. Nicht von ungefähr wurden der Danziger Werftarbeiter und der Prager Schriftsteller als Galionsfiguren der Oppositionsbewegungen in Polen und Tschechien 1990 in ihren Ländern zu Staatspräsidenten gewählt.

Oder war es die schiere wirtschaftliche und politische Schwäche des Sowjetreiches, das eine durch die Umstände erzwungene Reformbewegung von oben wagte und damit – immerhin ohne Blutbad – grandios scheiterte? Dann müssten die „Helden des Rückzugs“ aus der Geschichte auf dem Podest stehen, wie der „gute Zar“ Michail Gorbatschow und seine einsichtigen Mitstreiter in den sowjetischen Kolonien – etwa jene ungarischen Verantwortlichen, die im Juni 1989 die Grenze zu Österreich öffneten, fünf Monate bevor die Berliner Mauer geöffnet wurde.

Doch nicht nur sie wären dann zu nennen, sondern auch Politiker und Persönlichkeiten im Westen wie der (bis 1989 amtierende) US-Präsident Ronald Reagan, die durch ihre Beharrlichkeit, aber auch Umsicht politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Kremelführung ausübten und die Opposition im Ostblock stützten.

Allerdings dürften dabei auch die Entspannungspolitikernicht vergessen werden, die 1975 den Regierenden im Ostblock durch die Helsinki-Ak-

te gewisse Freiräume für eine demokratische Opposition im kommunistischen Machtbereich abtrotzten.

Und eine besondere Würdigung gebührt natürlich Papst Johannes Paul II. als einem großen Schirmherrn der Revolution des Jahres 1989. Mit dem ersten Besuch in seiner polnischen Heimat 1979 hinterließ er dem bereits 1980 folgenden Arbeiterprotest die Erfahrung der Selbstdisziplin während der riesigen Freilichtmessen.

Alle diese Faktoren – Widerstand und Opposition von unten, wirtschaftliches Desaster im Ostblock und die Bürde des sowjetischen Krieges in Afghanistan, die Entspannungspolitik und der Doppelbeschluss der NATO (aufrüsten, aber den Dialog nicht abreißen lassen) und schließlich die politisch-moralische Schwäche des sowjetischen Realsozialismus – trugen 1989 gemeinsam zum Kollaps des Kommunismus bei.

Die langen Linien jener Entwicklung, die 200 Jahre nach der Französischen Revolution von 1789 die Folgen der russischen Oktoberrevolution von 1917 in Ostmitteleuropa außer Kraft setzten, weil sie ohne Guillotine oder Todesschwadronen der GPU die Machtverhältnisse veränderten, sind jedoch viel schwieriger zu erzählen.

In den meisten Festreden anlässlich der „Friedlichen Revolution“ 1989 werden als ihre Vorläufer die Aufstände am 17. Juni 1953 in der DDR, im Juni 1956 in Polen und im Oktober desselben Jahres in Ungarn genannt, die über den Prager Frühling 1968, die Entstehung der *Solidarność* 1980, die Massenflucht der DDR-Deutschen im Sommer 1989 und die Montagsdemonstrationen im Herbst jenes „wundersamen Jahres“ zum Sturz Erich Honeckers und zur Öffnung der Berliner Mauer führten. Alle diese nationalen Umbrüche scheinen ungleichzeitig, aber gleichsam in einer linearen Verbindung miteinander gewesen zu sein, um dann im Jahre 1989 ihre Erfüllung zu finden.

Es gibt überzeugende Indizien für die kommunizierenden Röhren des demokratischen Widerstandes gegen die kommunistische Herrschaft im Ostblock. Der 17. Juni 1953 in der DDR war eine Reaktion nicht nur auf die unentschlossene Deutschlandpolitik Moskaus nach Stalins Tod und die Normenerhöhung beim Bau der Stalinallee in Ost-Berlin, sondern hatte seine Initialzündung auch in den Massenstreiks von über 300.000 tschechischen Arbeitern in Pilsen, Kladno und Ostrau Ende Mai 1953. Zu dem blutig unterdrückten Arbeiteraufstand in Posen drei Jahre später kam es auf der Welle des „Taufwetters“ in der UdSSR, nach der Geheimrede Nikita Chruschtschows während des XX. Parteitags der KPdSU, in der die Verbrechen Stalins angeprangert wurden. Sie geriet über Polen in den Westen, und die westlichen Sender vermittelten sie dann den Osteuropäern.

Der Aufstand in Ungarn im Oktober 1956 begann wiederum mit einer Solidaritätsadresse ungarischer Intellektueller an die Polen, wo infolge des Massakers in Posen die Stalinisten von der Macht verdrängt wurden und der noch kurz davor inhaftierte Nationalkommunist Władysław Gomułka neuer Parteichef wurde. Während der Kämpfe gegen die sowjetische Intervention in Budapest gab es dann wiederum in Polen Solidaritätskundgebungen und Blutspenden für die Ungarn.

Der Oktober 1956 war eine Zäsur für den gesamten Ostblock. Polen verschaffte er eine Verschnaufpause. In einer dramatischen Auseinandersetzung mit Chruschtschow auf dem Warschauer Flughafen, als sowjetische Panzer schon auf die polnische Hauptstadt zurollten, gelang es Gomułka, einen Kompromiss mit den Machthabern im Kreml auszuhandeln: Warschau behält seine innenpolitischen Freiräume, wenn die Kommunisten an der Macht bleiben.

Das half den oppositionellen Intellektuellen in den 1960er Jahren, sich zu formieren. In den nachfolgenden 1970er Jahren genoss die VR Polen zunächst eine Öffnung nach Westen und bescheidenen Wohlstand auf Pump. Der erneute Versuch der Regierenden, 1976 die Preise zu erhöhen, hatte auch diesmal eine Streikwelle zur Folge. Die anschließenden Repressalien verbanden nicht nur die oppositionellen Intellektuellen mit den gemäßregelten Arbeitern, sondern führten zur Gründung oppositioneller Gruppierungen, diverser Arbeitskreise, Selbstverlage, alternative Gewerkschaftsgruppen und Bildungsseminare der „fliegenden Universitäten“, in denen Modelle eines etappenweisen Systemwechsels diskutiert wurden.

Im Sommer 1980 brach an der Ostseeküste erneut ein Arbeiterstreik aus, der sich innerhalb weniger Wochen faktisch zu einem landesweiten Generalstreik ausdehnte und die Regierenden zu offenen Verhandlungen mit dem Streikkomitee zwang. Dass namhafte oppositionelle Intellektuelle als Berater der „Solidarność“ akzeptiert wurden, markierte eine Verbindung beider Oppositionslinien: der „Intelligenz“ und der „Werk tätigen“. Die Legitimität der „führenden Rolle der Partei“ wurde de facto infrage gestellt.

Am 13. Dezember 1981 wurde in Polen das Kriegsrecht verhängt. Aktive Mitglieder der Solidarność wurden interniert, die bestreikten Betriebe gestürmt und die Gewerkschaft suspendiert. Für die Unzufriedenen im Ostblock war es ein erneutes Signal: Eine riesige Protestbewegung war wie schon 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei nun auch in Polen gescheitert.

Dennoch: Bei den Machthabern im Kreml saß der polnische Schock tief. Ein junges Politbüromitglied, Michail Gorbatschow, wurde zum Vorsitzenden einer parteiinternen „Polen-Kommission“ ernannt, die die Krise

analysieren und Reformvorschläge für die UdSSR ausarbeiten sollte. *Perestrojka* („Umbau“) und *Glasnost* („Offenheit, Transparenz“), die er 1985 als Generalsekretär der KPdSU ankündigte, sollten erneute Eruptionen im sowjetischen Machtbereich verhindern, die Sowjetunion von oben her reformieren und den „sozialistischen Bruderstaaten“ größere Freiräume bei der Umgestaltung der Wirtschaft und Innenpolitik gewähren.

Polen war insofern ein Vorreiter im Ostblock der 1980er Jahre. Mit der zwar unterdrückten, aber dennoch präsenten *Solidarność*, mit den wiederholten Papst-Reisen und der Ratlosigkeit der Regierenden blieb es ein Sonderfall. Der Danziger Arbeiterführer Lech Wałęsa, inzwischen Friedensnobelpreisträger, hatte keine Entsprechung im Ostblock, wo sich auch die Sympathien für die aufmüpfigen Polen in Grenzen hielten. Waren sie im Dezember 1981 mit der Verhängung des Kriegsrechts nicht genauso gescheitert wie die DDR-Deutschen 1953, die Ungarn 1956 oder die Tschechoslowaken 1968?

Trotz aller Ähnlichkeiten, Parallelen, Entlehnungen und kommunizierenden Röhren waren die Opposition gegen das System und der antikommunistische Widerstand in Ostmitteleuropa ungleichzeitig und entsprangen sehr verschiedenen Quellen. Selbst die enttäuschten Ex-Kommunisten, die linken Dissidenten aus Polen, Ungarn, der DDR und der Tschechoslowakei, die zuerst von einem Reformkommunismus, später oft von einer sozialdemokratischen Evolution schwärmten und noch die kleinsten Reformregungen in den Nachbarländern verfolgten, handelten entsprechend der Logik ihrer Nationalstaaten. Eine „Internationale“ der ostmitteleuropäischen Dissidenten kam trotz gelegentlicher Kontakte und Freundschaften nicht zustande.

Die anwachsenden Streikwellen und Protestaktionen in Polen zwangen die Machthaber schrittweise zu strukturellen Zugeständnissen an die Gesellschaft, wie sie weder in der DDR noch in Bulgarien oder Rumänien vorstellbar waren. Von 1956 bis 1989 wurde jeder Chef der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) infolge von Massenstreiks und Protestwellen gestürzt. Udenkbar in den Bruderländern, wo die Amtszeiten der kommunistischen Parteivorsitzenden 33 Jahre (János Kádár, Ungarn), 25 Jahre (Todor Schiwkow, Bulgarien), 21 Jahre (Nicolae Ceaușescu, Rumänien), 20 Jahre (Gustáv Husák, ČSSR) oder 18 Jahre (Erich Honecker, DDR) betragen.

Woher dieser „polnische Sonderweg“? Oft wird die Antwort in der Stärke der katholischen Kirche in Polen und später in der Rolle des polnischen Papstes in den 1980er Jahren gesehen – ein wichtiger Faktor, den auch ich eingangs betont habe. Einen anderen muss man aber in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts suchen.

In allen Ländern, aus denen 1944 die Rote Armee die deutsche Wehrmacht und ihre Helfershelfer verdrängte und die dann in Jalta von den „großen Drei“ – Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill, Josef Stalin – der sowjetischen Einflusszone zugeschlagen und von Kommunisten regiert wurden, regte sich in den 1940er Jahren in den bürgerlichen und Armeekreisen ein antikommunistischer Widerstand. In Bulgarien waren es Geheimbünde wie die „Neutralen Offiziere“. In Rumänien entstanden militante Gruppen, wie die Partizanii României Mari (Partisanen Großrumäniens). Selbst in der Tschechoslowakei, wo die Kommunisten relativ stark waren, gab es ähnliche Versuche. Slowakische Emigranten gründeten 1945 den antikommunistischen Geheimbund Bela Légia. Auch in den baltischen Ländern und in der Westukraine, die nach dem Hitler-Stalin-Pakt von der UdSSR annektiert wurden, operierten bis in die 1950er Jahre hinein antikommunistische Partisanengruppen.

Wie verwickelt der Weg antikommunistischer Offiziere in Ungarn oft war, zeigt die Biografie von General Lajos Veress Dálnoki, der in den 1930er Jahre Generalstabschef war und 1941 ungarische Einheiten befehligte, die zusammen mit der deutschen Wehrmacht Jugoslawien und die UdSSR überfielen. 1944 wurde er nach Ungarns missglücktem Seitenwechsel von den Deutschen zu elf Jahren Haft verurteilt. Im Frühjahr 1945 floh er aus dem Gefängnis und gründete die Untergrundorganisation „Ungarische Gemeinschaft“, die einen Aufstand gegen die Kommunisten vorbereiten sollte. Er wurde verhaftet und zuerst zum Tode, dann zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt. Während des ungarischen Aufstandes 1956 befreit, ging er anschließend nach London, wo er dem Weltbund Ungarischer Freiheitskämpfer vorstand.

Polen war in den 1940er Jahren insofern ein Sonderfall, als es im Krieg kein Satellit Hitlerdeutschlands war, sondern vom 1. September 1939 an auf der richtigen Seite stand. Nach der gemeinschaftlichen Aufteilung des Landes durch Hitler und Stalin wurde es von einer Exilregierung in London und einigen Armeeverbänden im Westen vertreten, außerdem verfügte es über gut funktionierende Strukturen eines Untergrundstaates und eine 300.000 Mann starke Heimatarmee. Es gab in London zwar auch eine tschechische Exilregierung, aber das Protektorat Böhmen und Mähren war eine eher ruhige Waffenschmiede des Dritten Reiches und die Slowakei mit Pfarrer Andrej Hlinka als Staatschef voll im deutschen Tross.

Stalin ging es um die Bestätigung seiner Annexionen von 1939 und folglich um eine Unterwerfung Ostmitteleuropas. Und er hatte beim Zusammentreffen mit Roosevelt und Churchill in Teheran (1943) Verständnis dafür gezeigt, dass Polen für seine territorialen Verluste im Osten mit deutschen Gebieten im Westen entschädigt werden sollte.

Angesichts des Vorrückens der Roten Armee nach Mitteleuropa ging es aber um die Souveränität des Landes und nicht nur um seine „Westverschiebung“. Der Warschauer Aufstand im August 1944 war zwar militärisch gegen die deutsche, politisch aber gegen die neue sowjetische Besatzung und die Errichtung einer kommunistischen Herrschaft in Polen gerichtet. Nach zwei Monaten verbissener Kämpfe endete er mit dem Tod von rund 200.000 Zivilisten und der völligen Zerstörung der Hauptstadt. Die Rote Armee schaute vom anderen Weichselufer untätig zu, während die Westalliierten halbherzig aus Italien Nachschub heranflogen.

Die Katastrophe des Warschauer Aufstandes war eine Zäsur im polnischen politischen Selbstverständnis. Die Enttäuschung über die Nachgiebigkeit des Westens gegenüber Stalin trieb nicht wenige Nichtkommunisten dazu, sich in dem von Kommunisten regierten Staat zu engagieren, um wenigstens die nationale Substanz zu retten. Doch nicht wenige Verbände der Untergrundarmee setzten die Partisanenkämpfe – diesmal gegen die kommunistische Verwaltung – fort. Sie hofften auf eine westliche Offensive. Die Führung des Untergrundstaates wurde vom NKWD nach Moskau entführt und in einem Schauprozess zum Tode verurteilt. Tausende Soldaten der Heimatarmee landeten im GULag.

Dieses Trauma hatte in der polnischen Gesellschaft zweierlei Konsequenzen. Einerseits wurde der Widerstand gegen die deutsche Besatzung zum nationalen Mythos, andererseits blieb der Warschauer Aufstand eine offene Wunde und mehr oder weniger ein Streitfall – Heldentum und Opferbereitschaft auf der einen Seite, katastrophale Folgen auf der anderen. Die Lehre daraus war: Widerstand ja, aber unterhalb der Schwelle eines militärischen Aufstandes. Damit lässt sich auch erklären, warum Warschau sich im Oktober 1956 anders als Budapest verhielt, und warum die Verfolgung der *Solidarność* im Kriegszustand zu keiner militanten Gegenwehr führte.

In einem Land wie Polen, das seit dem 18. Jahrhundert durch eine lange Geschichte nationaler Aufstände geprägt worden war, blieb die Tradition der Auflehnungen gegen die russischen Besatzer weiterhin fundamental. Die jungen Menschen, die sich in der *Solidarność* engagierten, wähten sich oft als Nachfolger der Aufständischen von Warschau. Aber ihr realer Widerstand fand neue Formen einer Mischung von vordergründigem Arrangement mit den kommunistischen Machthabern und einem beständigen Druck von unten. Dazu gehörten Massenstreiks, Proteste der Intellektuellen, eine starke Präsenz der Kirche, die Bildung einer unabhängigen Massenbewegung, aber auch das zunehmende Bewusstsein nicht weniger Parteimitglieder, dass die Geschichte Polens keineswegs mit der Macht des Sowjetkommunismus zu Ende ist.



All das ermöglichte erst die im gesamten Ostblock einmalige politisch-mentale Konstellation, die nach den Erschütterungen des Kriegsrechts über die Abmachungen des Runden Tisches und der halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989 eine friedliche Machtübergabe an die antikommunistische Opposition einleitete.

Mit jedem revolutionären Systemwechsel – ob gewaltfrei oder im Krieg – drängt sich die Frage nach der Bewertung des alten Regimes und der Abrechnung mit ihren Trägern auf. Nach 1945 setzte sich in Westeuropa eine Kombination des Drangs nach „Erinnerung und Bestrafung“ der Nazis und der italienischen Faschisten sowie ihrer Kollaborateure mit dem „Vergessen und Verzeihen“ im Interesse des nationalen Zusammenhalts im Kalten Krieg durch. In Spanien kam es nach dem Tode Francos in den 70er Jahren geradezu zu einer bewusst und öffentlich erklärten Amnesie, die fast 30 Jahre andauerte.

Polen – meint der Historiker Andrzej Paczkowski – ging nach 1989 einen Mittelweg zwischen dem spanischen Vergessen und der Radikalität der französischen wilden Säuberungen 1944–45. An erster Stelle standen ja der Übergang zu einem Mehrparteiensystem, demokratische Wahlen, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Privatisierung der Wirtschaft und die Einführung der Marktwirtschaft sowie die Öffnung zur Welt, bis hin zum NATO- und EU-Beitritt. Erst dann kam die Abrechnung mit dem ancien régime, die sich auf fünf Ebenen abspielte:

- Entkommunisierung, also rechtlich sanktioniertes Verbot für ehemalige Funktionsträger, öffentliche Ämter im neuen Staat zu übernehmen;
- Lustration („Durchleuchtung“), mit dem Ziel der Enttarnung geheimer Informanten des Sicherheitsapparates, um sie ebenfalls von öffentlichen Posten fern zu halten;
- die Beseitigung „weißer Flecken“, also die Präsentation jener Ereignisse, die das alte Regime verschwiegen oder verfälscht hatte und die nun durch die Öffnung der Archive publik werden konnten;
- Austausch der politischen Symbole, entweder durch die Wiederherstellung der traditionellen, die das ancien régime beseitigt hatte, oder durch Etablierung neuer Symbole;
- juristische Verfolgung der von Funktionären des alten Regimes begangenen Verbrechen und Straftaten.

Es fällt auf, um wieviel ambivalenter und inkonsequenter die polnische „Lustracja“ war. Das entsprechende Gesetz trat erst 1999 in Kraft. Es unterschied sich von dem tschechischen oder deutschen darin, dass die Personen, die konkrete Posten im Staat innehatten, zu Erklärungen verpflichtet waren, ob sie Funktionäre oder inoffizielle Mitarbeiter der politischen Po-

lizei gewesen waren. Falschaussagen wurden mit dem Ausschluss von politischen Funktionen für 10 Jahre bestraft. Die Erklärungen überprüfte ein „Lustrationsstaatsanwalt“, aber einen Urteilspruch konnte nur ein Gericht in nichtöffentlicher Sitzung fällen. Insgesamt wurden von über 18700 Personen, die bis Ende 2004 überprüft wurden, 153 (ca. 0,7 %) für verdächtig befunden, gelogen zu haben.

Den Umfragen nach war die Mehrheit der Polen für eine Lustration. Doch zugleich fanden im November 2006 50 % der Befragten, dass die Enttarnung eines IM keineswegs seine Entlassung nach sich ziehen müsse. Wobei die Trennungslinie zwischen Anhängern und Gegnern der Lustration nicht deckungsgleich mit der Spaltung der Gesellschaft in Postkommunisten und ehemalige Solidarność-Anhänger war, weil das Post-Solidarność-Lager in den 90er Jahren nach und nach zerfiel. Die Linksliberalen sprachen sich gegen die Lustration aus. Die Konservativen dagegen forderten eine radikale Abrechnung, zumal im nationalkatholischen Flügel die Überzeugung dominierte, dass die Kosten der Transformation (Arbeitslosigkeit, der Statusverlust vieler Berufsgruppen, die Zunahme gesellschaftlicher Disproportionen) vom „System“ verschuldet worden seien – durch eine Interessengemeinschaft der Angehörigen des kommunistischen Parteiapparats, der ehemaligen Stasi und deren IMs auch aus den ehemaligen Oppositionskreisen. Diese Verschwörungstheorie wurde von weiten Teilen der Gesellschaft geteilt.

Der Konflikt eskalierte im Frühjahr 2007, als die Mitte-Rechts-Mehrheit im Parlament eine Änderung des Lustrationsgesetzes beschloss, die u.a. dessen Anwendung auf Hochschullehrer, Journalisten und Kommunalpolitiker vorsah, was die Zahl der Überprüfungen auf ca. 400.000 bis 450.000 Personen ausgeweitet hätte. Geplant wurde zudem die Veröffentlichung von Namenslisten aller inoffiziellen Mitarbeiter seit 1945. Die Protestwelle dagegen wurde vom Verfassungsgericht unterstützt, das die Lustration von Wissenschaftlern und Journalisten sowie die Veröffentlichung von Listen mit den Namen informeller Mitarbeiter beanstandete. Dies führte zu vorzeitigen Neuwahlen und zur Wahlniederlage jener Partei, die die radikale Entkommunisierung vorangetrieben hatte.

Die Lustration ist nach wie vor ein akutes Thema, obwohl sie 25 Jahre nach 1989 eigentlich hauptsächlich Rentner betrifft. In den 1980er Jahren gab es über 100.000 inoffizielle Mitarbeiter (so viel wie in der halb so großen DDR), für die Gesamtzeit Volkspolens 1944–1989 waren es Hunderttausende, die in den meisten Fällen verhältnismäßig kurz Kontakt mit der Stasi hatten und nicht immer jemandem schaden.

Ein besonderes Gewicht in der Öffentlichkeit hatte die Lustration in der katholischen Kirche. Für viele ist sie immer noch ein geistiger Führer, da-

her erwartet man von ihr eine klare Einstellung gegenüber den „Judassen“. Außerdem war die Kirche als maßgebliche Gegnerin des Kommunismus selbst ein Opfer des Sicherheitsapparats. Als Bürge des 1989 am Runden Tisch ausgehandelten Kompromisses konnte die Kirche die von Radikalen vertretene Verschwörungstheorie nicht offiziell akzeptieren, obwohl diese von vielen Geistlichen geteilt wurde. Die Bischöfe schwiegen jedoch. 2005 deckte das Institut für Nationales Gedenken auf, dass ein bekannter Dominikanerpater, der dem Papst nahestand, ein IM gewesen war. Dann tauchten weitere Namen auf. Schließlich erwies sich, dass zehn bis fünfzehn Prozent der Priester Kontakte zur Stasi hatten.

Interessant ist, dass z. B. bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus oder des Faschismus die inoffiziellen Mitarbeiter der Gestapo nicht als eigenständige Kategorie der Geächteten oder zu Verurteilenden galten.

Ein wichtiger Teil der „Entkommunisierung“ durch das Parlament bestand darin, dem polnischen Adler wieder die Krone aufzusetzen und das Beiwort „Volks-“ vor der „Republik Polen“ zu streichen. Schon davor kam es zu spontanen Zerstörungen kommunistischer Denkmäler, wie in Warschau des Felix Dzierżyński-Denkmal, was vom Fernsehen live übertragen wurde. Diese Welle zog sich, von kommunalen Behörden initiiert, noch jahrelang hin und betraf bis Mitte 1993 circa 2.000 Denkmäler und Gedenktafeln. Die Zahl der Umbenennungen von Straßen und Plätze liegt viel höher. Gelegentlich wurden Denkmäler für den polnischen Sowjetgeneral und Helden des Spanischen Bürgerkrieges Karol Świerczewski gegen ein Denkmal für General Władysław Anders, der die polnischen Truppen, die in Italien kämpften, befehligte, ausgetauscht. Die Verlegung sowjetischer Denkmäler in die Außenbezirke oder auf Soldatenfriedhöfe (wie das von Marschall Konjew in Krakau) führte zu Protesten der russischen Botschaft.

Die Halbherzigkeit der polnischen „Entkommunisierung“ und zugleich ihre plakative Eindimensionalität hat laut Sozialpsychologen tiefere Gründe. In seiner Analyse der heutigen Verwerfungen im Umgang mit der friedlichen Revolution des Jahres 1989 geht Andrzej Leder auf die Jahre 1939 bis 1956 zurück. In diesen sechzehn Jahren spielte sich nämlich in Polen eine soziale Umwälzung ab, die er im Titel seines 2014 erschienenen und seitdem viel diskutierten Buches eine „durchträumte Revolution“ nennt.

Seine These lautet: Die beiden totalitären Besatzer haben mit ihren genozidalen Methoden die Institutionen des polnischen Staates zerschlagen und seine Führungsschicht desavouiert und planmäßig „geköpft“. Die Exilregierung in London und die Strukturen des „Untergrundstaates“ haben zwar die Kontinuität der polnischen Staatlichkeit gewahrt, doch die

um sich greifende Demoralisierung durch die Gewaltherrschaft nicht ausreichend verhindern können. Zumal Stalin mit der kommunistischen Machtübernahme nach 1944 diese Kontinuität bewusst durchtrennte.

Der offene Terror der Besatzer und die bewusste Aufhetzung einzelner Ethnien und Schichten der unterdrückten Gesellschaft gegeneinander setzte bereits im September 1939 ein. Im Osten stachelten die Sowjets die „werk tätigen Massen“ dazu an, „historische Gerechtigkeit“ an den „polnischen Herren“ – Gutsbesitzern und Funktionsträgern des „faschistischen Polens“ – zu üben. Und im Westen begann mit der „Ghettoisierung“ der Juden 1940 der Einzug Tausender Polen in die verlassenen jüdischen Wohnungen der Groß- und Kleinstädte. Somit wurden viele nicht nur Augenzeugen des von den Nazis und ihren Helfershelfern aus allen besetzten Ländern vollendeten Völkermordes, sondern auch historische Nutznießer des Unerhörten – denn damit, schreibt Leder, begann für viele Menschen aus der mittelosen Landbevölkerung der soziale Aufstieg, der sie nach dem Krieg zu Kleinbürgern machte.

Einen ähnlichen Effekt hatte die Westverschiebung Polens 1945 durch die Alliierten – der Einzug sowohl der „Repatrianten“ aus den von der UdSSR annektierten Ostgebieten als auch der Umsiedler aus Zentralpolen in die „ehemals deutschen“ Städte der „wiedergewonnenen Gebiete“.

Der dritte soziale Aufstieg in Nachkriegspolen verlief über die Zerschlagung des Großgrundbesitzes. Die kommunistische Agrarreform 1945 zielte nicht allein auf die Heranziehung der Landbevölkerung an die neuen Machthaber ab, sondern auch auf die bewusste Erniedrigung und Deklassierung der bisherigen „Blutsauger“. Die Vertreibung der Gutsherren – der einst bewunderte, beneidete und verhasste Landadel – wurde oft als bewusste Demütigung inszeniert, man verwies sie auf einem Bauernkarren des Kreises und überließ ihren Landsitz faktisch dem Raub.

Da jedoch diese gewaltige soziale Umwälzung nicht hausgemacht, sondern von einer fremden Besatzung aufgezwungen war, brach sie keineswegs mit der jahrhundertealten Mentalität der Servilität und subkutanen Rebellion der Fron- und später Landarbeiter gegenüber dem Gutsherrn. Diese soziale Revolution war nicht vom Selbstbewusstsein der aufsteigenden „Sieger der Geschichte“ begleitet, sondern der „großen Angst“ jener Zeit. Zur Demoralisierung durch das Besatzungsregime während des Krieges kam eine neue hinzu: durch sowjetische Deportationen und neue Gewalttaten – Erschießungen, Vergewaltigungen, Pogrome, Raubüberfälle, Racheakte und schließlich auch reguläre Kämpfe zwischen den neuen Machthabern und dem antikommunistischen Widerstand, die „in den Wäldern“ bis 1953 andauerten und auf beiden Seiten Tausende Opfer forderte.

Zugleich vollzog sich in Polen eine tiefgreifende soziale Revolution. In den Jahren 1945 bis 1947 behielt der neue Mittelstand gewisse Freiräume. Danach brachte die rüstungsbedingte stalinistische Industrialisierung Hunderttausende junge Menschen vom Land in die neuen Industriebetriebe. Diese Revolution wurde jedoch – Leder zufolge – insofern „durchträumt“, als ihre moralischen Kosten von der polnischen Hochkultur und in der familiären Erinnerung ihrer unmittelbaren Akteure verdrängt wurden. Sie wurde – anders als die amerikanische 1776 oder die französische 1789 – nicht vom sich selbst emanzipierenden „people“ oder den „tiers état“ ausgefochten. Die Nutznießer der brutalen Umwälzung emanzipierten sich nicht aus eigener Kraft, sie formulierten keine Erklärung der Menschenrechte und stürmten keine Bastille, sondern kamen infolge der verbrecherischen Zerstörung des polnischen ancien régime durch Hitlers und Stalins Truppen zum Zuge. Diese fremdgesteuerte Revolution endete nach Stalins Tod mit dem Arbeiteraufstand in Posen 1956 und dem Kompromiss zwischen Gomułka und Chruschtschow.

In den nachfolgenden dreißig Jahren – bis zum Sieg der *Solidarność* 1989 – wurde das neue polnische Bürgertum endgültig etabliert. Um die neuen Industrieanlagen scharten sich zuerst die *chłopotrobotnicy* – halbe Bauern, halbe Arbeiter, die später zu Kleinbürgern wurden. Die kleine Stabilisierung der 60er Jahre und danach die Öffnung des Landes nach Westen in der Gierek-Zeit liberalisierten die polnische Gesellschaft. Die Schwächung des Führungsanspruchs der Partei und Stärkung der Autorität der Kirche schuf eine im Ostblock einmalige Machtbalance. Im Spalt dazwischen konnte sich der eigenartige liberal-ironische Tonfall der polnischen Hochkultur entwickeln, der Witz und die Groteske in Literatur, Film und Kabarett. Mit der Zeit aber machte man es sich bequem im „patriotischen Konsens“. Die polnischen Künstler mögen linksliberal gewesen sein, die Gesellschaft wurde immer nationalkonservativer. Dennoch kamen linke Vorstellungen – Selbstverwaltung, Mitsprache, Bürgerrechte – bei der ersten *Solidarność* der Jahre 1980/81 zum Vorschein. Nicht allein Jacek Kuroń war ihr Emblem – auch Lech Wałęsa.

Das Jahr 1989 vollendete – so Leder – die „durchträumte“ Revolution der Jahre 1939–56, indem der Sieg der „*Solidarność*“ letztendlich die weitere Verbürgerlichung der polnischen Gesellschaft – diesmal unter den Fittichen der Westbindung und Globalisierung – vorantrieb und festschrieb. Auf der Strecke blieben allerdings nicht nur die „Sansculotten“ der Bewegung – die Arbeiter in den inzwischen privatisierten oder stillgelegten industriellen Großbetrieben – sondern auch die Kleinunternehmer aus der volkspolnischen Zeit, die im „Realsozialismus“ am Rande jenes maroden Systems gedeihen konnten, und schließlich die katholische Kirche, die im

neuen Liberalismus eine größere Gefahr für ihre Position wahrnahm als in der bisherigen Machtbalance mit der abgewirtschafteten Staatspartei.

Zum „Sieger der Geschichte“ wurde dagegen nach 1989 das neue Bürgertum volkspolnischer Provenienz, die Hochschulabsolventen, oft aufgestiegene Bauernsöhne des mittleren Staats- und Parteiapparats. Sie stellen die „neue Mittelklasse“ – ihr „Fußvolk“ begann mit Kleinhandel mit westlichen Waren, der Mittelbau errichtete erste Geschäfte, und die Absolventen der London School of Economics wurden Bankiers. Dieses neue Bürgertum, vertreten auch in der „Solidarność“, übernahm die reale Macht im Staate. Und als legitimierenden Gründungsakt feierten sie den „Runden Tisch“ und die noch halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989.

Der große zivilisatorische Streit in Polen zwischen diesen beiden Lagern geht gar nicht um die Bewertung der geglückten oder verfehlten Transformation der letzten 25 Jahre, auch nicht so sehr um die Legitimität des „Runden Tisches“ als Gründungsakt der „Dritten Republik“ 1989. Er betrifft vielmehr – und das ist Leders Quintessenz – die Revolution der Jahre 1939–1956: „Ohne den Sinn dieses historischen Bruchs in den 40er Jahren zu benennen, wird der demokratische Wandel Anfang der 90er Jahre den Eindruck von etwas Unselbstständigem vermitteln“. Die Linksliberalen riefen dazu auf, „nach vorne zu schauen“ und „die Zukunft zu wählen“. Die Nationalkonservativen dagegen schürten Neid- und Wutgefühle gegen die „parasitären“ Eliten und verklärten die Vergangenheit zur heroischen Leidensgeschichte.

Die Verklärung der heroischen Seite der polnischen Geschichte, die Empörung über die „Kultur des Schamgefühls“ im Umgang mit den Nachbarn (leicht übergangen wird dabei der bahnbrechende Satz aus dem Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“) geht in der rechten Ecke einher mit einer Verklärung der „starken Hand“ und der absoluten Priorität der Exekutive vor der Legislative und Judikative. Gewaltenteilung und Achtung der Opposition sind verpönt, und nicht ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit/Solidarität‘ für alle Bürger schreibt man sich auf die Fahnen, sondern Souveränität des Staates und Verherrlichung des „Souveräns“ – die in der (eigenen) parlamentarischen Mehrheit zum Ausdruck kommt.

Diese Flucht in den Autoritarismus verbaut die Chance auf eine nachhaltige Emanzipation des neuen, wie auch immer gestalteten, polnischen Bürgertums. Der Schoß, aus dem es geboren wurde – die „durchträumte Revolution“ – soll verschwiegen bleiben.

„Sich seinen eigenen Platz bewusst zu machen, setzt jedoch das Eingeständnis einer schwierigen Genealogie voraus. Das Eingeständnis, dass wir fast alle Kinder jener unglückseligen, von fremder Hand durchgeführten,

grausamen Revolution, der Unterpflügung des polnischen sozialen Gewebes sind. Das bedeutete, noch einmal die Verantwortung für das, was damals geschah, zu übernehmen. Sich bewusst zu machen, dass unsere Väter und Großväter weggenommen, sich einquartiert, die Augen verschlossen, ja, getötet, denunziert, verraten haben. Aber auch Entscheidungen getroffen und Herausforderungen angenommen haben, in Gedanken in die Zukunft schwebten und die Anfänge einer neuen Gesellschaft aufbauten. Das ist die gegenwärtige, zukunftsweisende – und nicht nur moralische – Funktion solcher Akte wie die Übernahme der Verantwortung für Jedwaben. Die moralische Funktion heißt, anderen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die zukunftsweisende – Verantwortung für sich zu übernehmen.“

Und zum Schluss: Die Revolution des Jahres 1989 – so es eine war – hat viele Namen. Für Jürgen Habermas ist sie eine „nachholende“. Für Tschechen und Slowaken die „samtene“, für Deutsche die „friedliche“, manchmal auch die „deutsche“ (Wolfgang Schuller). Diese Vielfalt ist verdächtig, sie grenzt an Namenlosigkeit. Und eigentlich ist sie eine ostmitteleuropäische, zu der sowohl die Parteidissidenten der Jahre 1956 oder 1968 als auch christliche Oppositionelle und nationale bis nationalistische Antikommunisten in unterschiedlichem Maße ihren Beitrag geleistet haben. In jedem der früheren Ostblockländer prägten sich eigene Ikonen des Jahres 1989 ein. In den ostdeutschen Bundesländern sind es die Montagsdemonstrationen und der Tanz auf der Berliner Mauer, in Ungarn das Staatsbegräbnis Imre Nagys und anderer Anführer des Aufstandes von 1956, in Tschechien der triumphale gemeinsame Auftritt von Alexander Dubček, Generalsekretär der KPC 1968 und Galionsfigur des Prager Frühlings, mit Václav Havel, dem Initiator der „Charta 77“, um den sich in der Tschechoslowakei der 1980er Jahre die Oppositionellen scharten.

Die Polen assoziieren das Jahr 1989 mit ihrem Runden Tisch und dem grandiosen Sieg der Solidarność in den fast freien Wahlen vom 4. Juni (eine diametral andere Lösung als in China am selben Tag). Aber auch mit dem grundsätzlichen Streit, ob dies nicht doch eine „verratene Revolution“ war, da sie eben ohne einen Triumphzug der „Sieger der Geschichte“ vorbei an den baumelnden Honoratioren des kommunistischen ancien régime verlief.

Es gibt allerdings Indizien dafür, dass 30 Jahre danach auch diese Revolution ihre konservative Gegenrevolution erfährt. In Polen weisen darauf die Versuche Nationalkonservativer hin, den Runden Tisch als ein Techtelmechtel der Linkliberalen in der Solidarność mit den Reformern in der Partei zu delegitimieren. In den neuen Bundesländern ist es noch krasser: Wenn man während einer PEGIDA-Demonstration in Dresden ein Transparent „Putin hilf“ hochhält, ist das ein Hohn auf die Rufe „Gorbi hilf“

während des Gorbatschow-Besuchs im Oktober 1989. Die Süddeutsche Zeitung machte bereits 2016 auf Versuche bei der AfD und der „neuen Rechte“ aufmerksam, die Geschichte noch weiter zurückzudrehen – nicht nur vor die Zeit der Jugendrevolte 1968, sondern wieder einmal vor die Erklärung der Menschenrechte 1789.<sup>2</sup>

---

2 Gessenharter, Wolfgang: Wie die AfD zum parlamentarischen Arm der Neuen Rechten wird, in: Süddeutsche Zeitung, 24. August 2016 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-gegen-1789-gegen-1968-1.3132676>, zuletzt gelesen am 01.10.2020).